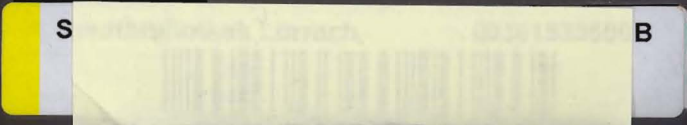


**POLITIK ALS URGEWALT:
DIE GROSSE BIOGRAPHIE EINES
AUSNAHMEPOLITIKERS**

Er war viermal Minister, fühlte sich zum Kanzler berufen, aber das mächtigste Amt blieb ihm versperrt. Und doch: Ohne Franz Josef Strauß wäre die Geschichte der Bundesrepublik eine andere. Für seine Biographie, die auf jahrelangen Recherchen basiert, hatte Peter Siebenmorgen uneingeschränkten Zugang zum Strauß-Nachlass und zu vielen weiteren exklusiven Quellen. So enthüllt der Autor neue, brisante Details aus dem Leben des Ausnahmepolitikers – eines Mannes, der jedes Maß sprengte.



Bestseller

Peter
Siebenmorgen

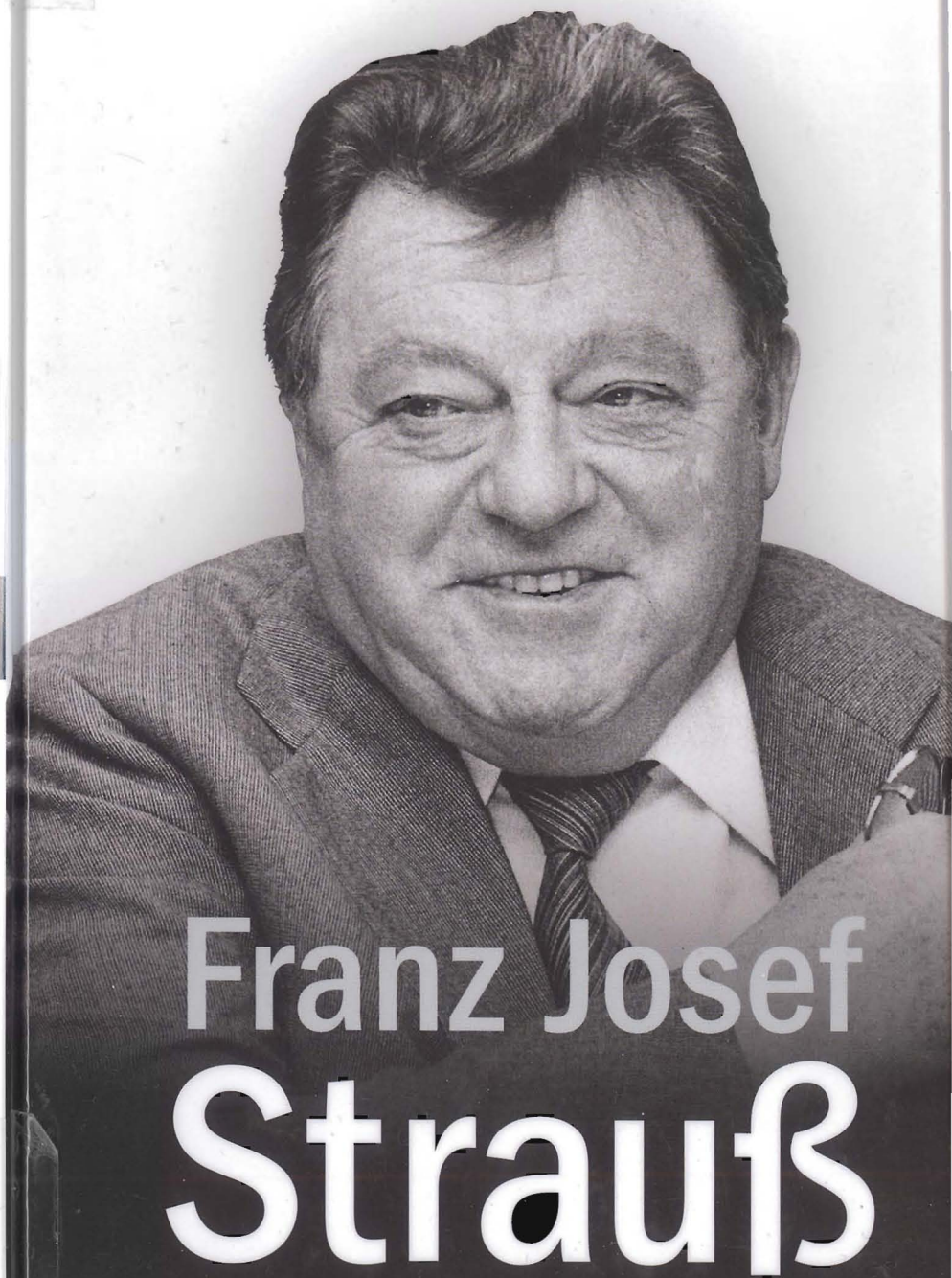


Siedler

Franz
Josef
Strauß

Eyk

Peter Siebenmorgen



Franz Josef
Strauß

Ein Leben im Übermaß



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier EOS
liefert Salzer Papier, St. Pölten, Austria.

Erste Auflage
August 2015

Copyright © 2015 by Siedler Verlag,
München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Rothfös + Gabler, Hamburg
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2015
ISBN 978-3-8275-0080-9
www.siedler-verlag.de

Inhalt

PROLOG

7 Im Schlund der Politik

ERSTER TEIL

19 PRÄGUNGEN (1915–1949)

- 21 Herkunft und Kindheit
- 32 Fronterfahrungen
- 45 Nichts geht und alles ist machbar
- 56 An der Pforte

ZWEITER TEIL

75 AUFSTIEG UND FALL (1949–1962)

- 77 A Star is born
- 96 Auf der Suche nach einem angemessenen Amt
- 115 Etappensieg
- 125 Nukleare Ambitionen
- 148 Die besten Jahre
- 169 Fallhöhe
- 198 Eine verhängnisvolle Affäre
- 225 Krise – Endkampf – Untergang

DRITTER TEIL

261 WECHSELJAHRE (1963–1969)

- 263 Im Abseits, zermürbt
- 286 Exerziten ohne Rast
- 300 Comeback
- 326 Wird alles gut?
- 340 Professor Plisch und Dr. h.c. Plum

- 355 Deutsche und andere letzte Fragen
 367 Der konservative Modernisierer
 380 Wenn der Albtraum Alltag wird

LIBERALITAS BAVARIAE

- 401 **Eine Zwischenbetrachtung und zwei Corollarien**
 410 *Erstes Corollarium: Schiffbruch im Hafen*
 422 *Zweites Corollarium: Die schöne Seite der Freiheit*

VIERTER TEIL

- 439 **DIE MACHT DER UMSTÄNDE (1969-1980)**
 441 Amfortas allerorten
 460 Strategische Wirren
 482 Der letzte Preuße
 495 Rückzug halben Herzens
 520 Wann, wenn nicht jetzt?
 541 Habemus candidatum
 553 Himmelfahrtskommando

FÜNFTER TEIL

- 581 **CONDITIONAL SURRENDER (1981-1988)**
 583 Und wo er verjagt ist, bleibt die Unruhe doch
 606 Der traurige König
 627 Lauter Trostpreise
 643 Letzte Tage – lange Schatten
 672 Nil nisi bene
 679 Nachbemerkung und Dank

ANHANG

- 684 Abkürzungsverzeichnis
 685 Anmerkungen
 744 Quellen- und Literaturverzeichnis
 761 Personenregister
 768 Bildnachweis

PROLOG

Im Schlund der Politik

In einem sind sich viele seiner Freunde und die meisten Feinde von Franz Josef Strauß einig: Sie halten ihn bei allen Entscheidungen von weitreichender Bedeutung für einen Zauderer – für einen, der das Risiko scheut. Bleibt er in Bonn, geht er nach München? Wird er mit letztem Einsatz darum kämpfen, Kanzlerkandidat zu werden, oder überlässt er anderen das Feld? Lang ist die Liste der Themen und Anlässe, bei denen die Zeitgenossen diesen Mann, der um ein schnelles Wort und eine deutliche Sprache im Grunde nie verlegen ist, als unentschlossen und wankelmütig wahrnehmen.

Die wichtigste Entscheidung seines Lebens will sich in dieses Bild nicht fügen. An Rosenmontag 1957, bei einem Faschingsball in München, lernt er Marianne Zwicknagl näher kennen, bereits an Ostern feiern sie Verlobung, wenige Wochen später, am 4. Juni, dem Dienstag vor Pfingsten, folgt die Vermählung. Die Medien haben keinen Schimmer, selbst *Der Spiegel*, der in der Woche vor Ostern noch ein großes Interview mit dem Verteidigungsminister geführt hat, tappt im Dunkeln. Da Adenauer urplötzlich grundsätzliche Bedenken hat, kommt es zwischen Strauß und Augstein zu einem Gezerre um den Veröffentlichungstermin. In seiner Not – das Titelblatt ist bereits gedruckt – versucht der *Spiegel*-Chef direkten Kontakt mit Strauß aufzunehmen, doch der ist mit seiner Braut und den zukünftigen Schwiegereltern auf Verlobungsreise. »Es tut mir leid, daß ich den heiteren Himmel dieser für Sie so erfreulichen und glücklichen Tage trüben muß«, entschuldigt Augstein sich ganz artig, um die Rettung des Interviews bemüht, in einem langen Telegramm nach Rom: »Der Spiegel ist wieder einmal von einem wichtigen Ereignis völlig ahnungslos überrascht worden.«¹

Kaum anders ergeht es den vielen politischen Freunden und Wegbegleitern, die sich durchaus für das stürmische Privatleben des demnächst zweiundvierzigjährigen Ministers interessieren. Für sie ist die bevorstehende Heirat eine eher beruhigende Nachricht. Vorbei ist dann wohl das Junggesellendasein, das den christlichen Politikern alter Prägung moralisch zweifelhaft erscheint, zumal der nachgeholte studentische Übermut

über den Nato-Partnern eingegangenen Verpflichtungen ist aufrecht zu erhalten. Wolle man im Bündnis überhaupt noch Glaubwürdigkeit bewahren und um Vertrauen werben, müsse schleunigst ein Ministerwechsel vollzogen werden, noch vor der Sitzung, lautet Blankenhorns dringlicher Rat.

Auf diesem Ohr hört Adenauer allerdings sehr gut. Glücklicherweise, so schnell und umfassend in den Kreis der freien Welt aufgenommen worden zu sein, will und muss er alles meiden, was Deutschlands Ruf beschädigen könnte. Der Ministerwechsel folgt der Einsicht in die Notwendigkeit.

Auch Strauß erhält Besuch von Blankenhorn. Die beiden kennen sich seit vielen Jahren – zeitweise waren sie parallel Generalsekretär der jeweilige Unionsschwester –, doch so recht versteht der Atomminister nicht, was der Botschafter bei ihm will. Von den Nöten der Deutschen bei der Nato will Strauß nichts hören. Als Blankenhorn gar andeutet, in Kürze werde sein Gesprächspartner zum Verteidigungsminister ernannt, fühlt Strauß sich auf den Arm genommen: »Haben Sie heute mit Schnaps gefrühstückt?«²⁹ Nein, das nicht, erwidert Blankenhorn, er komme vom Bundeskanzler, der ihn beauftragt habe, Strauß darauf vorzubereiten, dass er in Kürze eine neue Aufgabe übernehmen werde.

Strauß kennt seinen Kanzler gut genug, um sich das noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Vor einem Jahr hätte er sofort zugesagt. Jetzt, im Herbst 1956, ist die Situation derart verfahren, dass der Dienststuhl des Verteidigungsministers als Schleudersitz zu betrachten ist. Am Ende kann er natürlich nicht anders, als Ja zu sagen.

Am 10. Oktober trifft er den Kanzler, der die Liebenswürdigkeit in Person ist. Als die Rede auf den Vorfall und Zusammenstoß mit der CSU vor drei Monaten kommt, antwortet Adenauer: »Herr Strauß, wollen Sie es einem alten Mann übelnehmen, daß er noch in der Lage ist, seine Meinung zu ändern?«³⁰ Aber ohne Bedingungen willigt Strauß nicht ein. Er erbittet freie Hand für die notwendigen Kurskorrekturen der Bundeswehrplanung. Das Streitthema aus der Kabinettsitzung vor einer Woche kommt noch einmal zur Sprache: Strauß möchte vor der Bundestagswahl die Einberufung im Wesentlichen auf Freiwillige beschränken und nur sehr behutsam Wehrpflichtige ziehen. Dieses Mal gibt ihm der Kanzler recht.

Am 15. Oktober ersucht Blank handschriftlich um seinen Rücktritt. Bei der Kabinettsumbildung vom 16. Oktober kommt Strauß endlich zu seinem lang ersehnten Amt. Drei Tage später dankt der Kanzler Blank »von Herzen (...) für die Dienste, die Sie unserem Vaterlande seit 1950 geleistet haben.«³¹

Nukleare Ambitionen

Strauß war gut beraten, in jener dramatischen Besprechung mit Adenauer am 10. Juli nicht selbst das Wort zu führen. Den Frontalangriff gegen den verteidigungspolitischen Kurs der Bundesregierung eröffnete Hanns Seidel, der bedächtige und unaufgeregte CSU-Vorsitzende, der sich nicht zuletzt dieser Eigenschaften wegen bei den Spitzen der CDU in Bonn hoher Wertschätzung erfreute. Dass Seidel, dem niemand persönliche Ambitionen nachsagen kann, die CSU-Abordnung anführte, schützte Strauß im Verlauf der Unterredung zwar nicht vor dem Vorwurf des Kanzlers, Theodor Blank »heruntersetzen und schlecht machen (zu wollen), weil Sie glauben, auf diesem Weg noch Verteidigungsminister werden zu können«.¹ Doch jetzt läuft diese Unterstellung weitgehend ins Leere, und die in der Sache begründete Ernsthaftigkeit des Vorstoßes ist kaum zu bestreiten, denn Seidel gilt zu Recht als ein Mann, der sich schwerlich, schon gar nicht von Strauß, vor fremde Karren spannen lässt. Obendrein zählt er bekanntermaßen zu jenen Kräften in der Union, die bei Strauß eben nicht nur die reichen Gaben sehen, sondern seinem stürmischen Naturell mit einer gehörigen Portion Skepsis begegnen.

Ziemlich kurios fällt denn auch Seidels Schreiben an den »liebe(n) Freund Strauß!« zur Ernennung als Verteidigungsminister aus. Eingeleitet wird es mit Erläuterungen zur »Angelegenheit des Weinimportlizenzenprozesses« – genau besehen handeln sogar zwei Drittel des Briefs von dieser vermutlich wichtigen, doch kaum in den Verantwortungsbereich des Verteidigungsministers fallenden Frage –, um schließlich, eher sachlich unterkühlt, festzustellen, dass Strauß nach seiner Ernennung »eine ausgezeichnete Presse bekommen« habe: »Ich kann mich nicht erinnern, daß ein anderer Minister jemals mit so großer Freundlichkeit in seinem Amt begrüßt wurde.«² Daher ist es nicht nötig, dem Affen Zucker zu geben. Im Gegenteil: Das viele Lob »hat natürlich auch seine Gefahren«. Ermahnungen sind mithin angezeigt: »Du weißt das selbst und ich bitte Dich nochmals, in allen Deinen Äußerungen die größte Vorsicht walten zu lassen (auch im sogenannten vertraulichen Gespräch). Zu dieser Vorsicht bist Du umso mehr gehalten, als das Echo der Auslandspresse sehr viel kühler ist,

was Dir im Inneren zwar nicht schadet, was Du aber in Deine Rechnung einkalkulieren muß.«

Doch wirklich frostige Reaktionen in der internationalen Presse gibt es nicht; mehr Anlass zur Sorge bietet den politischen Freunden des neuen Verteidigungsministers manch wohlwollende Betrachtung, wie etwa die der *New York Times*, in der es unumwunden heißt: »Mit der gestrigen Berufung zum Verteidigungsminister ist Franz Josef Strauß – ein mit großem Charme und einem gesunden Machthunger ausgestatteter Politiker – seinem Ziel, der Kanzlerschaft in Westdeutschland, ein gutes Stück näher gekommen.«³ Die, die ihn am besten kennen, machen sich jedenfalls keine falschen Hoffnungen, dass Strauß jetzt saturiert, am Ende seiner Wünsche angelangt wäre: »Wie ich meinen Freund Franz kenne«, so Seidel wenige Tage später, »noch lange nicht.«⁴

Adenauer selbst kennt seinen forschen Minister gut genug, um die lange Leine, die er ihm versprochen hat, kaum ist Strauß im Amt, kürzer zu ziehen. »Wenn Sie sich einen Überblick über die Verhältnisse im Verteidigungsministerium geschaffen haben, darf ich einem mündlichen Vortrag über Ihre Eindrücke und Anregungen entgegensehen« – dieser Wunsch Adenauers, der sich in seiner Korrespondenz als Meister der Nuancen und versteckten Botschaften erweist, kommt einer dringlichen Einbestellung gleich. Bei dieser Gelegenheit werden noch eben rasch die Vorstellungen von Strauß zur organisatorischen Umbildung des Ministeriums weggeschickt.⁵ Ein weiterer Brief vom selben Tag, er besteht aus nur einem Satz, ist kaum konzilianter: »Sorgen Sie dafür, daß nicht Herr Rust« (der Verteidigungsstaatssekretär und enge Vertraute von Hans Globke, gewissermaßen der Aufpasser des Kanzlers am Hof des Ministers) »für uns alle unerwünschte Konsequenzen zieht.«⁶

Ein Jahr vor der Bundestagswahl und wenige Tage nach Übernahme eines außergewöhnlich schwierigen Amtes ist die Gefahr, dass Strauß den Kanzler herausfordern oder beiseite drängen könnte, natürlich noch reichlich abstrakt. Viel realer hingegen sind die anderen Ambitionen des neuen Verteidigungsministers, die nuklearen.⁷ Schon früher hatte er bei den wenigen Gelegenheiten, sich öffentlich hierzu zu äußern, merkwürdig gedrechselte Wendungen gewählt, wenn er auf den im Zuge der Westverträge vom 5. Mai 1955 erklärten einseitigen deutschen Atomwaffenverzicht zu sprechen kam. Ein knappes halbes Jahr darauf hatte der frisch ernannte Atomminister in einem ersten grundsätzlichen Interview über seine neuen Aufgaben gesagt: »Wir werden uns genau an die Grenzen dieser

Norm halten und werden gemäß dem Wortlaut der Pariser Verträge keine Atomwaffen, wie sie dort definiert sind, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland herstellen.«⁸ Diese von Strauß in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder gebrauchte Formulierung ist nur auf den ersten Blick eindeutig, denn sie lässt mindestens zwei Optionen offen: Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ist hierdurch ebenso wenig ausgeschlossen wie die Beteiligung Deutschlands an der Atomwaffenproduktion anderer Staaten außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik.

Selbstverständlich vermeidet Strauß alles, was seine wirkliche Position und Interpretation der deutschen Verzichtserklärung, die als Bestandteil der Pariser Verträge ja bindendes Recht für die Bundesrepublik Deutschland ist, öffentlich erkennbar werden ließe. Als Atomminister ist es ihm zwar gelungen, die positiven Seiten des Atomzeitalters herauszustreichen – nicht zuletzt, weil es keinen politischen Widerstand gegen den Einstieg der Bundesrepublik in die Atomwirtschaft gab. Doch ihm ist bewusst, »daß die Atomkraft sich mit dem Schreckenswort Hiroshima, mit der Vernichtung und Verletzung von 200 000 Menschen eingeführt hat« und nicht »in jahrzehntelanger Entwicklung als Spender von Energie«.⁹ Die Option der Bundesrepublik, selbst Nuklearmacht im militärischen Sinne zu werden, eignet sich also keinesfalls für öffentliche Erörterungen.

Aber wenigstens innerhalb der Regierung muss Klarheit herrschen! Als etwa, einige Jahre später, das Auswärtige Amt die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche durch die Sowjetunion kritisiert und in diesem Zusammenhang darauf verweist, dass die Bundesrepublik das einzige Land sei, das freiwillig in Verträgen mit seinen Verbündeten darauf verzichtet habe, jemals nukleare Waffen herzustellen, ruft das sofort den Verteidigungsminister auf den Plan: »Wie Sie wissen«, wird Heinrich von Brentano belehrt – der Kanzler erhält einen Durchschlag –, entspreche diese Formulierung keineswegs den Tatsachen: »Die Bundesrepublik hat lediglich darauf verzichtet, A-, B- und C-Waffen auf ihrem Gebiet zu produzieren.« Außerdem muss das nicht für alle Ewigkeit so bleiben, denn es »gilt dieser freiwillige Verzicht unter der Klausel *rebus sic stantibus*«.¹⁰

Und die Umstände können sich schnell ändern. Etwa, so die Analyse von Strauß zu einer Zeit, da er noch Atomminister ist, falls die Sowjets ihre Atomrüstung weiter forcieren und den Vereinigten Staaten ebenbürtig, gar überlegen werden – »nicht, um einen Atomkrieg vorzubereiten, an dem sie nicht interessiert sind, weil es in ihm keinen Sieger mehr gibt«, sondern um sich »neuen Bewegungsspielraum für ihre Politik zu schaffen«. Gelingen es

Moskau nämlich, in der Nuklearrüstung gleichzuziehen oder gar die Oberhand zu gewinnen, dann werde die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa brüchig. Und eben das sei das Ziel der Sowjets: »Sie wollen wieder in die Lage kommen, ohne Risiko eines Atomkriegs mit den USA örtliche Nadelstiche und Tastversuche in Asien und Europa unternehmen zu können. (...) Keine amerikanische Regierung«, da ist sich Strauß schon Mitte der fünfziger Jahre sicher, »wird auf die Länge der Zeit in der Lage sein, den Schutz Berlins oder der Bundesrepublik oder anderer Länder dem amerikanischen Volke auch mit dem Risiko eines Atomkriegs gegen das amerikanische Mutterland zuzumuten.«¹¹

Die sich anbahnende Parität der Supermächte im nuklearen Sektor ist dabei lediglich die eine Seite; hinzu kommt die haushohe sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften, der aus Sicht des Westens im Ernstfall eben nur mit Kernwaffen beizukommen wäre. In dem Maße also, wie die USA im Zuge des nuklearen Wettrüstens atomar verwundbar werden, nimmt die Abschreckungswirkung der amerikanischen Kernwaffen ab – erst recht, wenn der Angriff, den es abzuschrecken gilt, sich nicht auf amerikanisches Territorium richtet. »Sterben für Danzig?« – in der Grammatik des Zeitalters der nuklearen Abschreckung bedeutet diese Frage, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, New York oder Washington dem Risiko der atomaren Vernichtung auszusetzen, um Berlin oder Bonn zu verteidigen.

Klar im Blick hat Strauß bei seinen Überlegungen zu einem atomaren Status der Bundesrepublik die prekäre Glaubwürdigkeit der nuklearen Sicherheitsgarantie der USA für Europa¹² – bereits anderthalb Jahre vor dem Sputnik-Schock, der den Westen aufrütteln und ihm nachdrücklich ins Bewusstsein bringen wird, dass die Sowjetunion über kurz oder lang in der Lage sein wird, den amerikanischen Kontinent mit Langstreckenraketen unmittelbar nuklear zu bedrohen. Für den Verteidigungsminister ergeben sich aus der grundsätzlichen Analyse zwei Prioritäten: Zum einen muss die konventionelle Abwehrfähigkeit des Westens – bei der die Nato der Bundeswehr eine zentrale Rolle zugeordnet hat – schleunigst ausgebaut werden, um im Ernstfall nicht alternativlos zwischen kampfloser Aufgabe oder Atomkrieg wählen zu müssen. Zum anderen muss alles darangesetzt werden, die höchstmögliche Form der nuklearen Abschreckung zum Schutze Deutschlands und Europas zu bewahren.

Dies sind Dinge und Zusammenhänge, über die man öffentlich am besten gar nicht spricht! Zwar haben sich die Westdeutschen damit abgefunden,

den, dass es ohne Streitkräfte und ohne ein starkes Bündnis keine Sicherheit geben kann: Deutschland ist geteilt, Berlin ein ungelöster Streitfall, und die Sowjetunion steht unmittelbar vor der Haustür; der Kalte Krieg zwischen Ost und West ist im vollen Gang, eine Kaskade von militärischen Konfrontationen und internationalen Turbulenzen – Koreakrieg und Indochinakrise, die Niederschlagung des Aufstands in Ost-Berlin am 17. Juni 1953, desgleichen 1956 in Polen und Ungarn, die Suezkrise – veranschaulicht unmissverständlich, wie gefährlich die Welt geworden, wie brüchig der Frieden ist.¹³ Die in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weitverbreitete »Ohne-mich«-Stimmung gegen die Wiederbewaffnung ist Mitte der fünfziger Jahre weitgehend verfliegen. Von einer neuen Militärbegeisterung der Nachkriegsdeutschen allerdings kann keine Rede sein. Und wer glaubt, laut über die komplizierte, paradoxe Logik der Abschreckung nachdenken zu können, ohne dabei Missverständnisse und Angstreflexe auszulösen, unterliegt einem Irrtum.

Strauß ist noch keinen Monat im neuen Amt, als er in dieser Hinsicht ein erstes Lehrgeld zahlen muss, das ihn noch viele Jahre beschweren wird. Am 12. November 1956 kommt er als Starredner zu einer CSU-Veranstaltung ins oberfränkische Hollfeld, Landkreis Ebermannstadt, um eine seiner vielen Parteireden zu halten. Kein bedeutender Auftritt, sollte man meinen. Der wenige Tage zuvor niedergeschlagene Aufstand gegen die Machthaber in Ungarn hat noch einmal das Bewusstsein dafür geschärft, dass auch im nachstalinistischen Osten die Panzer rollen, wenn es um Machtfragen geht – und gleichzeitig die Hilflosigkeit des Westens demonstriert, der seit Jahren zum Widerstand in der kommunistischen Welt ermuntert hatte.¹⁴ Die Verunsicherung, auch in Deutschland, ist groß – die *Neue Zürcher Zeitung* registriert in diesen Tagen eine »nervöse Zerfahrenheit der öffentlichen Diskussion« im Westen des geteilten Landes¹⁵ –, und jeder weiß, dass die Bundesrepublik im Ernstfall nicht in der Lage wäre, sich selbst zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund ist es wohl als Wort der Beruhigung gemeint, wenn Strauß in seiner im Wesentlichen der aktuellen sicherheitspolitischen Lage gewidmeten Hollfelder Rede sagt: »Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.«¹⁶

»Klares Denken und die Fähigkeit zur Analyse« hatte ihm die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) eine Woche vor dem Auftritt in Ober-

franken bescheinigt: Nur der politische Gegner, »der ihn als gefürchteten Redner in Erinnerung hat«, und wer ihn nicht kenne, sage ihm – verkürzend! – nach, »ein burschikoser, handfester Mensch, der seine bayerische Urwüchsigkeit auch auf die Politik übertrage«, zu sein. Auch für die Öffentlichkeit sei »dieses rein äußerliche Bild bestimmend, das noch durch eine massige, fast grobschlächtige Gestalt und das breite Gesicht eine Bestätigung zu finden scheint«. Strauß aber wäre, hält die FAZ dagegen, heute nicht das, was er ist, »ohne seinen Intellekt«, seine »Fähigkeit, in konzentrierter Form aufzunehmen, Gedanken fast druckreif im Gespräch zu formulieren«. ¹⁷

Druckreif war der Gedanke, dass der Westen die Sowjetunion im Notfall von der Landkarte streichen könne, allemal formuliert: keine Zeitung, die ihn nicht begierig aufgegriffen hätte. »Es ist diesem talentierten Redner nicht zum ersten Mal passiert, daß er sich von seinem Temperament und von seiner Gabe der lebhaften Formulierung hat hinreißen lassen«, kommentiert die FAZ, die ja eben noch das rhetorischen Urtalent von Strauß gelobt hat: »Er wird sich bewußt sein, daß auch unter den Anhängern der Regierungspartei manche den umstrittenen Satz in seiner letzten Rede lieber ungesagt wüßten. In einer dramatischen Situation wie der gegenwärtigen wünscht mancher Bürger keine Kraftworte, sondern zieht eine Sprache vor, die souveräne Ruhe und damit Vertrauen zur inneren Sicherheit der Führung einflößt.« ¹⁸

Und dies ist noch die mildeste Form der Kritik. Zwar halten sich die Sachkundigen unter den Oppositionspolitikern mit allzu polemischen Attacken auf Strauß zurück. So beklagt der junge Verteidigungsexperte der SPD, Helmut Schmidt, dass Strauß »in seinen früheren Stil der Hofbräuhaus-Reden zurückgefallen« sei. ¹⁹ Doch andere erlegen sich weniger Mäßigung auf. Der Landesvorstand der bayerischen SPD erwirbt dabei sozusagen das Urheberrecht an dem in den kommenden Jahrzehnten notorisch angestregten Vergleich von Strauß mit Hitler, der nicht selten als Beinahe-Gleichsetzung endet. Kein Staatsmann der westlichen Welt, nicht einmal der amerikanische Präsident, Repräsentant der stärksten Militärmacht, habe einen solchen Ton angeschlagen. Wohl aber habe »Adolf Hitler in dieser Weise Politik gemacht«. ²⁰ Regierungsfeindliche Medien machen sich diese Sichtweise gleich zu eigen. Die *Frankfurter Rundschau* beispielsweise sieht nur einen Unterschied zwischen Strauß und Hitler: Der Verteidigungsminister habe davon gesprochen, »die Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.« Adolf Hitler pflegte zu sagen: »Wir werden das Land ausradieren.« ²¹ Ein Jahr zuvor, im Oktober 1955, habe man in Bonn



Der neue Verteidigungsminister an Adenauers Kabinetttisch,
14. November 1956.

»den populären Bayern schmunzelnd ›Atom-Franzl‹« genannt. ²² Kaum sei er im neuen Amt, komme niemand mehr auf die Idee, in der Verbindung zwischen Strauß und Atom irgend etwas Liebenswertes zu sehen.

Immerhin, die Aufregung legt sich wieder ziemlich schnell, zumal Strauß umgehend Beistand von höchsten Nato-Stellen erhält. Keine Gerin- geren als der Oberbefehlshaber der Bündnis-Streitkräfte, Alfred Gruenther, und sein bereits designierter Nachfolger, Lauris Norstad, – beides ameri- kanische Generäle – bekräftigen aus gegebenem Anlass die in der Tat nun einmal gültige Strategie des Bündnisses: Ein Aggressor gegen Deutschland müsse mit massiver nuklearer Vergeltung rechnen. ²³

Ein paar Wochen ziehen ins Land, die professionellen Beobachter des Verteidigungsministers wenden sich anderen Themen zu, und plötzlich, wenn es um den schleppenden Aufbau der Bundeswehr geht, ist die offene, drastische Sprache, die Strauß weiterhin pflegt, gar nicht mal unerwünscht: »Der von Strauß inspirierte neue Stil des Ministeriums, nicht mehr alles zu beschönigen und nicht mehr jeden Mißstand gegenüber der Öffentlichkeit abzuschirmen«, lobt Hans Ulrich Kempfski, der Starreporter der *Süddeutschen Zeitung*, »macht es heute erstmals möglich, über die äußere und innere Verfassung der bisher bestehenden Truppenteile zu berichten.« ²⁴ Auch

die *Neue Zürcher Zeitung*, die keine Vorlieben für laute Töne hat, kann dem offenen, direkten Stil von Strauß viel abgewinnen: Er habe »wenig Neigung, sein Ressort in eine Geheimsphäre zu hüllen; er hat mit seiner relativen Offenheit bessere Aussichten, das Mißtrauen gegenüber der Wiederbewaffnung zu überwinden«²⁵. Kurt Becker, der Jahrzehnte später Helmut Schmidt als Regierungssprecher dienen wird, gelangt Anfang 1957 gar zu der Meinung, Strauß habe »(i)m Vollbewußtsein der auf ihm ruhenden Verantwortung (...) in diesen Wochen einen Punkt erreicht, an dem sich sein staatsmännisches Format deutlich abzeichnet«.²⁶

Ist der Zwischenfall im fränkischen Jura also ohne größere Folgen geblieben? In einer Hinsicht jedenfalls nicht: Spätestens seit der etwas vulgären Zusammenfassung der Doktrin von der »massiven Vergeltung« steht allen sicherheitspolitisch Verantwortlichen in Bonn deutlich vor Augen, wie gefährlich es ist – erst recht, wenn es um Kernwaffen geht –, sich in der Öffentlichkeit über die strategische Lage auszulassen. Dummerweise lässt sich das gar nicht vermeiden. Denn in den ersten Gremiensitzungen des Bündnisses, in denen Strauß als Verteidigungsminister die Bundesrepublik Deutschland zu vertreten hat, steht genau die Frage auf der Tagesordnung, in welcher Form Kernwaffen unterhalb der Ebene der strategischen Abschreckung in die Verteidigungsplanung der Nato einzubeziehen sind.

Die offensichtlichste Notwendigkeit hierzu ergibt sich aus der konventionellen Unterlegenheit des Westens. Damit der ultimative nukleare Vergeltungsschlag nicht die einzig mögliche Antwort auf einen eventuellen Angriff der Sowjetunion ist – darüber sind sich alle Beteiligten einig –, müssen die Streitkräfte des Bündnisses mit taktischen Kernwaffen ausgerüstet werden, die einen mit konventionellen Waffen geführten Angriff stoppen können und gleichzeitig die nukleare Eskalation auf das Gefechtsfeld beschränken sollen. Strauß plädiert auf der Nato-Ratstagung am 14. Dezember 1956 sogar dafür, die Streitkräfte des Bündnisses bis hinunter zur Division mit Nuklearwaffen zu bestücken.²⁷

Diese Forderung entspringt allerdings nicht nur der schieren Not massiver konventioneller Unterlegenheit. Das mit der Einbeziehung von taktischen Kernwaffen in die konkrete Gefechtsplanung einhergehende Absenken der nuklearen Schwelle erfüllt auch den Zweck, die nukleare Garantie der Vereinigten Staaten zu festigen. Müssten im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung atomare Schläge des Westens gegen den Angreifer erfolgen, so bestünde mit atomaren Gefechtsfeldwaffen immerhin die Möglichkeit, sich erfolgreich zu verteidigen und das Kriegsgeschehen lokal zu

begrenzen. Die schwerwiegende Entscheidung, den nächsten Schritt einer nuklearen Eskalation zu tun – verbunden mit dem Risiko eines totalen Atomkriegs –, läge dann jedenfalls bei der anderen Seite.

Es sind aber nicht nur militärische Sorgen und die strategischen Gegebenheiten, die Strauß bei all seinen Überlegungen zur nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland leiten. Wahrscheinlich ebenso wichtig ist für ihn, und darin darf er sich mit Adenauer einig wissen, der statuspolitische Aspekt. Mit den Pariser Verträgen und der Wiederbewaffnung ist die Bundesrepublik fast schon wieder souverän. Geblieben sind die Vorbehaltsrechte der Siegermächte für ganz Deutschland und Berlin, die praktisch – abgesehen von den bisweilen ziemlich lästigen Kleinstreitereien wie etwa um den Rechtsstatus der in Deutschland stationierten alliierten Truppen – keine wirkliche Behinderung für die freie Entfaltung voller Staatlichkeit bedeuten. Geblieben sind aber auch noch einige Spezialeinschränkungen, nicht nur was die Verfügung über Atomwaffen, sondern auch die Produktion von Rüstungsgütern, insbesondere ballistischen Flugkörpern, betrifft. Und dass die neuen Freunde im Westen ohnehin mehr als ein waches Auge auf das Wiedererstarken Deutschlands richten, versteht sich so kurz nach Hitler von selbst.

Als Atomminister hat Strauß hier reichlich Anschauungsunterricht erhalten. Das Angebot an Deutschland, sich in eine Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) einzubringen, hatte für Adenauer die gleiche Logik wie seinerzeit die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Strahl (EGKS) oder der Versuch, eine Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu bilden: Überwindung der Souveränitätseinschränkung durch Supranationalisierung eben jener Felder, auf denen der Westen den Deutschen keine freie Hand gewähren mag. Grundsätzlich ist Strauß der gleichen Meinung: Nicht nur, dass er ein begeisterter Anhänger der Idee der Europäischen Einigung ist; er hat zudem schon recht früh begriffen, dass ein starkes, geeintes Europa, das mehr Selbstverantwortung und Lasten für die gemeinsame Sicherheit des Westens übernimmt, die solideste Basis für eine transatlantische Partnerschaft bietet. Wenn es aber konkret wurde, das musste Strauß beim Ringen um den EURATOM-Vertrag feststellen, lief es im Wesentlichen auf Sonderregelungen mit Blick auf Deutschland, auf Diskriminierung hinaus.²⁸

Immer wieder ist es in diesem Zusammenhang zu gravierenden Differenzen mit Adenauer gekommen, der mehr Hoffnung auf den endlich guten Lauf der Dinge zu haben scheint als Strauß. Aber auch der Kanzler

reagiert empfindlich, wenn er Diskriminierung wittert. So ließ er es letztlich meistens zu, dass sein Atomminister ein ums andere Mal das europapolitisch eigentlich wünschenswerte Projekt der EURATOM konterkarierte. Selbst in den Phasen, in denen Adenauer und Strauß gründliches Missfallen aneinander fanden, folgte der Kanzler den dringenden Bitten seines Atomministers, »keine bindenden Zusagen zu machen«, bevor nicht alles mit den zuständigen Fachressorts besprochen sei – wenn Strauß nur klug genug war, die richtigen Reizworte zu verwenden.

Ein wesentlicher Streitpunkt war beispielsweise die Frage, wer Kernbrennstoffe besitzen darf: »Von der belgisch-französischen Seite strebt man eine sozialistische Lösung an, die mir für die Bundesrepublik untragbar erscheint«, lautet einer dieser Hinweise an den Kanzler, der soeben – es ist September 1956 – im Begriff ist, zu einschlägigen Gesprächen nach Brüssel aufzubrechen: »Ähnlich verhält es sich mit den belgisch-französischen Bestrebungen, ein Beschaffungs- und Bezugsmonopol an Kernbrennstoffen für Euratom zu schaffen.« Kaum besser, dass die Franzosen bei dem »geplanten Austausch von Forschungsergebnissen« darauf zielen, einen »Unterschied zwischen den Staaten« zu machen, »die sich ausschließlich mit der Verwertung von Kernenergie für friedliche Zwecke befassen, und denen, die auch an der Herstellung von Kernwaffen arbeiten«.29

Die Sorge vor einer Diskriminierung der Bundesrepublik ist bei Strauß und Adenauer ähnlich virulent wie das in historischen Erfahrungen gründende, nicht in wenigen Jahren aus der Welt zu schaffende Unbehagen der westlichen Staaten an den Deutschen. Immer wieder, meist in vertraulichen Gesprächen, verwahren sich Strauß und Adenauer gegen alles, was nach Sonderbehandlung riecht. Doch auch umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Deutschen, so ihr Credo, müssten eben auch so sein wollen wie die anderen, um nicht anders, kleiner, geringer zu sein: In einer Welt, in der es die klassische Souveränität von Staaten ohnehin nicht mehr gibt, in der Gleichheit und Ungleichheit sich nach Macht bestimmen, ist letztlich nur gleichberechtigt, wer mitsprechen kann und über die höchsten Mittel der Macht, über Atomwaffen, verfügt.

In dieser Einschätzung sind sich Strauß und der Kanzler völlig einig. Die Bundesrepublik war von den Siegermächten noch nicht in die Freiheit entlassen worden, der Aufbau der Bundeswehr lag noch in einiger Ferne, da hatte Adenauer jenen parteiinternen Kritikern, denen die Westpolitik zu schnell und vielleicht sogar auf Kosten der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates ging, entgegengehalten: »Tatsächlich leben

wir – nackt herausgesagt – in unserer Freiheit nur deswegen, weil die Amerikaner ein paar tausend Atombomben haben, und die Russen haben weniger. Das ist unsere ganze Souveränität. Wenn ich die Worte höre wie ›national‹ und ›Nationalstaat‹ und alle diese Sachen, so kommt mir das vor wie ein Anachronismus.«30

Adenauer ist klug genug, in seinen öffentlichen oder halböffentlichen Äußerungen nicht präziser zu werden. Die logischen Konsequenzen, die sich aus seiner Analyse ergeben, mag jeder selbst ziehen. Wie Strauß wirklich denkt, erfährt die Öffentlichkeit dagegen schon von Zeit zu Zeit, wenn ihm unbedachte, eigentlich nicht zur Publikation bestimmte Bemerkungen entgleiten und ihm kein geschicktes das einmal Herausgerutschte als »vertrauliche Bemerkung des Ministers« wieder einfangender Pressesprecher zur Seite steht, wie dies erst ab Ende 1957 Gerd Schmückle tun wird: »Wir Deutsche mögen zwar den Krieg verloren haben, aber unseren Verstand haben wir nicht verloren. Wir wollen nicht, daß die Deutschen das Fußvolk der amerikanischen Atomritter werden.«31

Wiederum gibt es ein beachtliches öffentliches Echo, das der Bundesregierung nicht zupass kommt: Die Bundestagswahl 1957 steht vor der Tür, und markige Sprüche mit antiamerikanischem Unterton, die als nukleare Kraftstrotzerei ausgelegt werden können, laufen der Hauptbotschaft der Unionsparteien zuwider: »Keine Experimente«. Strauß erklärt also, falsch zitiert worden zu sein.³²

Für jene Zeitgenossen freilich, die das Vergnügen haben, den wortstarken Minister im Bundeskabinett zu erleben, birgt das fragliche Zitat keine echte Überraschung. Denn in einer Kabinettsitzung vor einem Jahr war der damalige Atomminister dem Bundeskanzler argumentativ beigeprungen, als dieser laut darüber nachgedacht hatte, ob es sich die Bundesrepublik noch leisten könne, in einer Welt, in der auch andere Staaten nuklear aufrüsteten, weiterhin die in den Pariser Verträgen eingegangene Selbstbeschränkung aufrechtzuerhalten. Da habe der Kanzler wirklich Recht, befand Strauß seinerzeit: In der Welt der Gegenwart sei eine Nation ohne Atomwaffen »deklassiert«.33

Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiß man, dass Strauß das, was er öffentlich bestreitet, durchaus denkt. Selbst in der drastischen Wortwahl können die Kollegen ihn wiedererkennen, wenn ihre Erinnerung gerade einmal ein Dreivierteljahr zurückreicht. Denn damals, im September 1956, hatte er bei einer Sitzung der Unionsparlamentarier kurz und bündig erklärt, Macht sei heutzutage gleichbedeutend mit militärischer Macht, und

über diese verfüge nur mehr, wer Atommacht ist; ohne nukleare Bewaffnung würde Deutschland allenfalls den »Bäcker und den Küchenjungen« für die anderen Verbündeten abgeben, und damit wäre die Zukunft Deutschlands besiegelt.³⁴

Im Frühjahr 1957 erhält die Diskussion um die nukleare Komponente der Verteidigungsstrategie des Bündnisses weiter Auftrieb, und langsam wächst der Druck auf die Bundesregierung, sich festzulegen. Nahezu aus heiterem Himmel veröffentlicht am 4. April der Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs, Duncan Sandys, ein Schwiegersohn von Winston S. Churchill, ein Weißbuch mit brisantem Inhalt: Umrüstung der britischen Streitkräfte durch Aufbau einer eigenen starken Kernwaffenmacht auf Kosten von Navy und Army – und damit eben auch zu Lasten der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Westens. Konkrete Pläne liegen bereits auf dem Tisch: 40 000 Mann und die 2. Taktische Luftflotte sollen aus Deutschland abgezogen werden.

Einen Tag später, am Freitag, den 5. April, gibt der Bundeskanzler in Bonn eine Pressekonferenz, bei der ihm die Frage, ob auch die Bundeswehr mit atomaren Waffen ausgerüstet werden soll, direkt gestellt wird. Adenauer, der große Vereinfacher, versucht es mit einer differenzierten Antwort: »Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen« – Letztere, stellt Adenauer etwas später klar, kämen für die Bundeswehr nicht in Betracht. Und dann folgen zwei Sätze, die für größte Aufregung sorgen: »Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neuste Entwicklung mitmachen.«³⁵

Am darauffolgenden Wochenende melden die Nachrichtenagenturen, dass Adolf Heusinger, der Generalinspekteur der Bundeswehr, der zur Zeit in Washington weilt, im Auftrag Adenauers bereits konkrete Gespräche mit der amerikanischen Seite über die Lieferung spezieller Atomwaffen für die Bundesrepublik führe. Die Dementis, beiderseits des Atlantik, folgen zwar prompt, aber mit seiner leichtfertigen, verharmlosenden, auch falschen Einlassung vom Freitag hat Adenauer den Boden für düsterste Mutmaßungen bereitet.³⁶ Dass Strauß am Montag öffentlich erklärt, es sei ohnehin unwahrscheinlich, dass in diesem oder im kommenden Jahr eine Lieferung solcher Waffen an die Bundeswehr erfolge, macht die Sache kaum besser. Denn grundsätzlich, wenn nicht ein Wunder der internationalen Abrüstung

geschicht, besteht der Verteidigungsminister sehr wohl darauf, dass Verzicht ein Fehler wäre – die Preisgabe Europas an die Sowjetunion.

Nun ist kein Halten mehr. Jene Atomphysiker, die Strauß jetzt schon etwas länger näher kennen, deren Bewunderung und Mitarbeit er als Atomminister gewonnen hat, deren »Mißtrauen durch sein abends beim Wein nicht mehr verhülltes Drängen nach Atomwaffen«³⁷ er allerdings auch erregte, sehen ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Unter der Federführung von Carl Friedrich von Weizsäcker schließen sich achtzehn Spitzenforscher – darunter Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue, allesamt Nobelpreisträger – zusammen und senden ein Brandtelegramm an Adenauer, das sie umgehend, am 12. April, in Göttingen veröffentlichen.³⁸ Der Kanzler wird zwar nicht direkt genannt, aber die Verfasser lassen keinen Zweifel daran, dass sie den Regierungschef für einen völlig Ahnungslosen halten. Die Verniedlichung der taktischen Kernwaffen beispielsweise: Ist dem Kanzler denn nicht bekannt, dass schon die kleinste Atomgranate ungefähr die gleiche Vernichtungswirkung hat wie die Hiroshima-Bombe? Von den neuen Wasserstoffbomben ganz zu schweigen, mit denen man bereits heute »die Bevölkerung der Bundesrepublik (...) ausrotten« könnte! Schließlich: »Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichner bereit, sich an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.«³⁹

Adenauer und Strauß reagieren überaus getroffen. In beleidigtem Tonfall versuchen sie es zuerst einmal mit einem bösen Blick von oben herab: »Der Bundesregierung und insbesondere dem Verteidigungsministerium« sei die Wirkung der Atomwaffen »mindestens genauso bekannt wie den Wissenschaftlern. Die in diesem Aufruf unterzeichneten Wissenschaftler verfügen aber nicht über eine ausreichende Kenntnis der politischen und militärischen Zusammenhänge.«⁴⁰ Der Appell sei »gefährlich«, da er der Sowjetunion in die Hände spiele.

Mit seinem Urlaubsgesuch für die nahenden Kar- und Ostertage dankt Strauß dem Kanzler dafür, dass der sich »inhaltlich gleich und ebenfalls in scharfer Weise (...) gegen den unverantwortlichen Aufruf« ausgesprochen hat.⁴¹ Aber angesichts des nahenden Bundestagswahlkampfes, von dem Adenauer sicher zu wissen glaubt, dass der sich »in erster Linie abspielen wird im Zeichen der Außenpolitik, und zwar im Hinblick auf die atomare Ausrüstung«, ist der Kanzler rasch wieder bei einer emotionslosen, nüchternen

Lagebeurteilung angelangt. Es gelte, die atomare Thematik schnellstens zu entschärfen, »weil diese Frage nicht irgendwie rational, mit irgendeiner Überlegung, sondern einfach emotional beantwortet« werde.⁴²

Wenn schon kein Friede mit den Atomforschern möglich ist, muss wenigstens ein Waffenstillstand herbeigeführt werden. Denn die Verfasser der Göttinger Erklärung gelten nicht nur wegen ihrer wissenschaftlichen Exzellenz als Autoritäten in der für die Union so wichtigen bürgerlichen Wählerschaft. Es gibt auch enge Verbindungen zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die sich beispielsweise durch von Weizsäcker beraten lässt. Die evangelischen Wähler zählen immer noch zu den Sorgenkindern der Union, die stark katholisch geprägt ist, sich aber als überkonfessionelle Kraft an alle Christenmenschen richtet – und richten muss, will sie weiterhin Wahlen gewinnen. Es hilft also nichts, Adenauer und Strauß müssen die Zähne zusammenbeißen: Die Zurückweisung der Göttinger Erklärung bleibt zwar in der Sache eindeutig, fällt aber nach der ersten Erregung im Ton schon viel sachlicher aus.⁴³ Und um zu demonstrieren, wie wichtig ihm die Ansichten der Naturwissenschaftler sind, lädt der Kanzler eine Delegation der Göttinger kurzerhand ins Palais Schaumburg ein. Fast einen ganzen Arbeitstag nimmt sich Adenauer – umgeben von Strauß, Globke, Rust, Walter Hallstein, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, sowie den Generälen Heusinger und Hans Speidel, dem Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa – Zeit für sie.

Diese Zusammenkunft ist für Strauß eine arge Übung in Selbstdisziplin: »Am ganzen Körper« zittert er, »bleich« vor Erregung über die Herren Wissenschaftler, mit denen er sich über Formulierungen für das von Adenauer sehnlich erwünschte gemeinsame Communiqué rauft.⁴⁴ Am Ende erhält Adenauer, was er will; in einer von allen Anwesenden unterzeichneten Erklärung heißt es lapidar, dass »die Bundesrepublik nach wie vor keine eigenen Atomwaffen produzieren wird und daß die Bundesregierung demgemäß keine Veranlassung hat, an die deutschen Atomwissenschaftler wegen einer Beteiligung an der Entwicklung nuklearer Waffen heranzutreten«. Vielmehr unterstütze die Bundesregierung alles, was die Aussichten auf Abrüstung begünstigt und damit jedes weitere Nachdenken über Atomwaffen für die Deutschen überflüssig macht.⁴⁵

Auf dieser Linie übersteht die Bundesregierung auch die Atomdebatte Anfang Mai im Bundestag, der sie mit einiger Sorge entgegengesehen hatte. Wolfgang Schollwer, der allmählich zu einem jener Strategen heranwächst, die eine FDP jenseits der Adenauer'schen Orthodoxie in der Außen-

Sicherheits- und Deutschlandpolitik voraus denken, ist sehr enttäuscht über die entgangene Gelegenheit: »Die große Auseinandersetzung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hat gestern im Bundestag wider erwarten nicht stattgefunden«, notiert er in sein Tagebuch: »Die CDU taktierte hinhaltend, offensichtlich bemüht, sich angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen nicht festzulegen. Ansonsten verstecken sich Adenauer und Strauß hinter den Amerikanern und der NATO (...).«⁴⁶

Adenauer lässt Strauß bei der Debatte gern den Vortritt; er selbst spricht nur am Rande. Und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, dessen protestantisches Pathos die Nerven des alten Herren ansonsten strapaziert, darf für die moralische Veredelung der Position der Bundesregierung sorgen. Überhaupt hat der Kanzler vor der Bundestagswahl erstaunlich viel für evangelische Theologen übrig, beim kommenden Parteitag der CDU wird ein grundsätzliches Referat des Hamburger Gelehrten Helmut Thielicke zu den zentralen Tagesordnungspunkten zählen.

Noch freilich gibt es die in Rede stehenden Waffen gar nicht. Zudem ist ungeklärt, wie weit die Mitsprache der Deutschen vor einem Einsatz reichen soll, denn unstrittig ist auch, dass solche Waffen letztlich in der Verfügungsgewalt der Vereinigten Staaten bleiben werden. Darüber hinaus existiert auch kein verbindliches Gesamtkonzept, in dem diese Nuklearwaffen in einem allseits akzeptablen Verhältnis zur konventionellen Verteidigungsstrategie des Bündnisses und den *weapons of last resort* der USA stehen würden. Und doch bewegen sich der Kanzler und sein Verteidigungsminister mit ihren Beteuerungen, keinen eigenen Atomwaffenbesitz anzustreben, in der Grauzone zur Lüge. Denn heimlich, still und leise haben schon vor einigen Monaten erste Gespräche mit Frankreich über eine Kooperation im nuklearen Sektor begonnen.⁴⁷ Im November 1956, in seinen ersten Tagen als Verteidigungsminister also, bittet Strauß General Jean-Étienne Valluy, der neben seinem Hauptberuf, Franzose zu sein, auch noch Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte Europa Mitte ist, ihm eine Einladung zum Besuch des französischen Raketenforschungszentrum Colomb-Béchar in Algerien zu besorgen. Vier Wochen später trifft sie offiziell in Bonn ein.

In Paris ist mittlerweile die Entscheidung gefallen, sich vom amerikanischen Abschreckungsmonopol soweit wie möglich zu emanzipieren und eine eigene Bombe samt Trägersystem zu bauen. Die zur Umsetzung notwendigen institutionellen Vorkehrungen werden zügig getroffen. Es wird zwar noch einige Wochen dauern, bis Strauß sein erbetenes Besuchsprogramm absolvieren kann, aber in der Zwischenzeit bleibt er nicht untätig.

Seine alten Verbindungen mit Paris, aufgebaut während der Saargespräche, werden wieder intensiv in Anspruch genommen; neben Pinay spielt dabei insbesondere Maître Jean Violet eine wichtige Rolle, der im politischen Establishment, vor allem in den Sicherheitskreisen Frankreichs, anscheinend jeden kennt und zu jedem, der wichtig ist, den Kontakt herstellen kann. »Unser Freund V., der inzwischen über seine Kanäle mächtig Stimmung für Sie gemacht hat bei Mollet und Bourguès-Maunoury«, lässt der ebenfalls seit den Saarverhandlungen gut mit Strauß vertraute deutsche Gesandte an der Botschaft in Paris, Josef Jansen, Ende November 1956 den Verteidigungsminister wissen, warte nur noch auf eine Termindurchgabe, um Strauß in Paris informell mit allen wichtigen Leuten zusammenbringen zu können.⁴⁸

Kurz vor Weihnachten 1956, am 12. Dezember, kommt das Treffen anlässlich eines Abendessens bei Pinay zustande und zeitigt rasch erste Früchte – ein gemeinsamer Panzer soll gebaut werden: »Wir«, die Deutschen, »stellen fest, wie er sein muß (Rußlanderfahrung!)«, notiert ganz ungerührt einer der Anwesenden anschließend in sein Journal, »Chassis wird in Deutschland und Frankreich gebaut. Motor deutsch, Kanone und Panzerung französisch«. ⁴⁹ Strauß hinterlässt bei seinem französischen Kollegen Maurice Bourguès-Maunoury »une impression excellente« und erhält diskret aus dessen Umfeld die Aufforderung, in einem Brief auch die Zusammenarbeit bei Studien »sur le problème atomique« anzuregen.⁵⁰

Im Umfeld dieser Begegnung muss es bereits zu ersten Erörterungen einer nuklearen Kooperation gekommen sein. Denn anders als in der Hoffnung auf ein bilaterales Projekt ist der Widerspruch von Strauß am 15. Januar 1957 gegen die deutsche Beteiligung an einer Isotopentrennanlage im Rahmen der EURATOM nicht zu erklären. Zwei Tage später jedenfalls unterzeichnen der französische und der deutsche Verteidigungsminister ein Abkommen über die Rüstungskooperation, das »auch die Herstellung von Raketenwaffen und atomarer Rüstung« – beides ist eigentlich durch die Pariser Verträge von 1955 ausgeschlossen – enthält. Dass in diesem Zusammenhang »deutsche Experten künftig in den Übungsfeldern der Sahara mit ihren französischen Kollegen zusammenwirken sollen«, um waffenrelevante Nuklearforschung und -produktion zu betreiben, wird den Wissenschaftlern des Göttinger Appells – Gott sei Dank! – verborgen bleiben.⁵¹

Damit keine Missverständnisse darüber aufkommen können, wie ernst dies alles gemeint ist, legen die Franzosen sogleich nach. Als Trägersystem für ihre eigenen Kernwaffen wollen sie die Mirage III fortentwickeln.

Beauftragter der französischen Streitkräfte für dieses Projekt ist seit Anfang Februar 1957 General Pierre Gallois, der bald als einer der brilliantesten Köpfe der Nuklearstrategie und als eigentlicher Schöpfer der »Force de Frappe« weltweit Respekt erwerben wird. Und eben dieser Pierre Gallois, mit seiner neuen Aufgabe betraut, will Strauß möglichst bald sprechen, wie er den Minister über Violet wissen lässt, um der Bundesrepublik »einen für unsere beiden Länder äußerst interessanten Vorschlag« zu unterbreiten.⁵² In Begleitung von Luftwaffeninspekteur Josef Kammhuber kommt es am 7. März 1957 zu dieser Zusammenkunft.

Allerdings gestaltet sich die mit Schwung begonnene Kooperation in den folgenden Monaten etwas harzig – was den Deutschen aus innenpolitischen Gründen ja nur recht sein kann –, da Frankreich sich selbst noch nicht endgültig festgelegt hat, ob man beim Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht nicht doch lieber auf das gleichfalls ambitionierte Vereinigte Königreich setzen sollte. Möglich erscheint auch noch, zu diesem Zweck die EURATOM umzufunktionieren. Und geheime Gespräche mit Amerika, die im Erfolgsfall erhebliche Entwicklungskosten sparen helfen würden, laufen ohnedies die ganze Zeit.

Erstaunlicher als die plötzlich wieder zögerliche Haltung Frankreichs ist auf den ersten Blick die Entschlossenheit von Strauß, die nuklearen Ambitionen Deutschlands ausgerechnet mit Frankreich zu verwirklichen. Gerade bei den EURATOM-Verhandlungen galt sein Misstrauen, dass die Welt es nicht gut mit Deutschland meine, Paris. Das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung im August 1954, das Strauß im Auftrag des Kanzlers aus nächster Nähe beobachtet hatte, ließ Frankreich ebenfalls nicht als verlässlichen Partner für die Zukunft Deutschlands erscheinen. Und in den wirren Verhältnissen der späten Vierten Republik wittert Strauß überall Kryptokommunisten und pro-sowjetische Naivlinge am Werk. In dieser Einschätzung stimmt er übrigens mit Pinay und seinem Emmissär Violet überein, die Strauß im Kommunistenfressen nicht nachstehen. »Laut Violet ist die engste Umgebung von Mendès« – des damaligen Ministerpräsidenten – »eindeutig prorussisch«, hält Jansen am 4. August 1954 in seinem Journal fest, »(b)emerkenswert, wie Pinay (...) immer mehr Violet's Thesen sich zu eigen machte, daß nämlich Mendès-Fr. das Spiel Moskaus spiele«⁵³; Violet sei »klug, aber sehr weit rechts«, lautet ein weiterer Eintrag des selbst nicht eben sozialistischen Diplomaten.⁵⁴

Die Gesinnungsfreundschaft zwischen Strauß und seinen französischen Gesprächspartnern ist aber nicht das Einzige, was sie aneinander

bindet. Im Zuge der Saarverhandlungen haben sie Strauß als offenen, ehrlichen Unterhändler kennengelernt, ganz im Gegensatz zu Adenauer, der, was einmal gegebene Versprechen betrifft, doch sehr vergesslich sein kann, wenn dies ihm nützlich erscheint. Auch Strauß bringt ihnen größtes Vertrauen entgegen. Er ist tief beeindruckt, wie Pinay das verdeckte Spiel mit Bonn um die Saar zum für Deutschland gewünschten Abschluss brachte. Pinay und Violet bürgen für Zuverlässigkeit, der Kontakt zum in etwa gleichaltrigen Violet wird bis ans Lebensende von Strauß reichen,⁵⁵ begünstigt durch den Umstand, dass Strauß nach seiner Hochzeit mit finanzieller Unterstützung durch die Schwiegereltern ein Feriendomizil in Südfrankreich erwerben wird, in Les Issambres, wo auch Violet begütert ist.

An entscheidender Dynamik gewinnen die Gespräche über eine deutsch-französische Nuklearkooperation allerdings erst, nachdem die Sowjetunion am 4. Oktober und 3. November ihre Sputniks ins Weltall schießt. Einige Wochen zuvor, am 26. August, ist es Moskau bereits gelungen, eine ballistische Interkontinentalrakete zu starten. Jetzt weiß alle Welt, dass es aus ist mit der amerikanischen Unverwundbarkeit gegen sowjetische Atomschläge. Die Doktrin der »massiven Vergeltung« hat damit erheblich an Glaubwürdigkeit und – für die europäischen Verbündeten der USA psychologisch noch wichtiger – an Rückversicherungswirkung verloren. Umgekehrt ist es kaum beruhigend, dass die Amerikaner die Bündnisstrategie immer weiter nuklearisieren wollen, um den Mangel des Westens an konventioneller Kampfkraft zu kompensieren. Was dies im Falle eines Falles bedeuten würde, darüber sind sich in Bonn alle Experten einig: Zerstörung dessen, was eigentlich verteidigt werden soll, ohne damit das Risiko der totalen nuklearen Eskalation ausschließen zu können.

Von solchen Nöten geplagt, erhält Adenauer, kurzfristig annonciert, am 16. November 1957 Besuch des französischen Staatssekretärs im Außenministerium, Maurice Faure, begleitet vom Botschafter in Bonn, Maurice Couve de Murville.⁵⁶ Die Herren sind sich einig, dass man sich nicht ewig auf den Atomschirm der Vereinigten Staaten verlassen können. Adenauer versteht ganz richtig, was die Offerte aus Paris, unter dem Dach der Nato eine eigene Nuklear- und Trägerkapazität aufzubauen, bedeutet: Deutschland muss sich an der Produktion beteiligen und Abschied von der Pariser Verzichtserklärung nehmen.

Nachdem die Franzosen eine eingehende Besprechung der Materie zwischen den beiden Verteidigungsministern vorgeschlagen haben, geht die Runde auseinander. Strauß ist nicht unvorbereitet, hat er doch gerade erst

einen Brief erhalten, der den dringenden Gesprächswunsch von Violet für die nächsten Tage übermittelt.⁵⁷ Bereits vier Tage später trifft er sich mit seinem Pariser Kollegen Jacques Chaban-Delmas, um über ein entsprechendes Abkommen, an dem auch Italien beteiligt werden soll, zu beraten – nicht ohne zuvor beim Frühstück eine eingehende Lagebeurteilung von Violet und Gallois einzuholen.⁵⁸ Immer wieder erhält er nützliche Hinweise aus diesen Quellen über interne Meinungsbildungsprozesse in den wichtigen französischen Kreisen, aber auch Handreichungen für den Umgang mit seinen Gesprächspartnern. Beispielsweise erfährt er, dass Pinay gar nichts vom französischen Verteidigungsminister hält: »Er sei ein joueur, nicht seriös und Mann der kleinen Schliche«. Mit Chaban-Delmas könne man nur zusammenarbeiten, »wenn man sehr entschieden auftritt, sich seiner bedient, sich auf keinen Fall aber von ihm düpiieren läßt«.⁵⁹ Die wichtigste Botschaft von Chaban-Delmas in dem Gespräch am 20. November ist die Erklärung, Frankreich wolle die Übereinkunft vom Januar 1957, gerade hinsichtlich ihrer nuklearen Komponente, mit Leben erfüllen. Schon in den nächsten Wochen werde er bei der Nato-Tagung das Ende der nuklearen Zweiklassengesellschaft im Bündnis fordern. Am besten mit amerikanischer Hilfe, in jedem Falle aber mit deutscher.

Viele heikle Fragen bleiben ausgeklammert. Wem sollen die Waffen gehören? Wie verhält es sich mit der deutschen Verzichtserklärung? Ist das französische Angebot am Ende womöglich in ein Projekt für das gesamte Westeuropa eingebettet? Oder ist es national gedacht? Solange das Unternehmen noch nicht über das Stadium eines Gedankenexperiments hinausreicht, will Bonn jedenfalls alles vermeiden, was den Kernwaffenverzicht öffentlich in Frage stellen könnte. Umgehen lässt sich die Verzichtserklärung immerhin in einer Hinsicht: Die Produktionsstätten sollen außerhalb Deutschlands liegen. Auch für die Abschottung des Projekts gegenüber dem Bundesfinanzministerium und dem deutschen Parlament, das den Etat bewilligen muss, hat man sich eine hübsche Idee einfallen lassen: Die für den Kernwaffen- und Raketenbau notwendigen Gelder sollen zunächst als Mittel für ein europäisches Forschungsinstitut für Flugkörper, getragen von einer Stiftung für sicherheitsrelevante Grundlagenforschung, getarnt werden.

Strengste Geheimhaltung ist geboten, solange nicht alles besiegelt ist. Als bekannt wird, dass Strauß in diesen Tagen in Paris weilt, wird die Visite beim französischen Kollegen als reiner Höflichkeitsbesuch anlässlich einer Reise zum deutschen Nato-Botschafter Blankenhorn deklariert. Und für die schriftliche Quittierung des in Paris besprochenen Abkommens über die

Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Italien wählt Adenauer die höchste Stufe in der Kunst der Geheimhaltung: Er schreibt Strauß einen lapidaren Brief ohne jeden Klassifizierungsvermerk, der so unverfänglich abgefasst ist, dass niemand, der ihn unbefugt zu Gesicht bekäme, irgendetwas ahnen könnte.⁶⁰

Während die Verteidigungsminister und ihre engsten Mitarbeiter zügig ihre Hausaufgaben absolvieren und sich an Ostern 1958 in Rom zur Unterzeichnung des endgültigen Abkommens treffen, streiten sich hinter den Kulissen die Beteiligten auf Pariser Seite, ob das Angebot nicht doch ein wenig zu weit geht. Es ist ja nicht Freundschaft, gar Liebe, die der Einladung an Deutschland und Italien zugrunde liegt – massive finanzielle Interessen diktieren den französischen Kurs. Vor allem geht es darum, Käufer für die Mirage IV zu finden, um deren Entwicklung zu finanzieren – eine teure Angelegenheit, die überhaupt nur zu vernünftigen Kosten realisierbar ist, wenn größere Stückzahlen gebaut werden, als sie Frankreich allein gebrauchen kann. Beim Mirage-Projekt gibt es tatsächlich härteste Konkurrenz, denn der amerikanische Flugzeugbauer Lockheed will sein eigenes Produkt, den Starfighter, gleichfalls in Europa verkaufen.

Verzögernd wirkt sich zudem aus, dass die Amerikaner mittlerweile zu der Überzeugung gekommen sind, dass die Franzosen es ernst mit ihren atomaren Plänen meinen. Über die europäische Kooperation sind sie in groben Zügen unterrichtet. Wenn also die Ambitionen der Franzosen nicht zu stoppen sind, wäre es dann nicht besser, ihnen zu helfen, um auf diesem Weg wenigstens ein gewisses Maß an Kontrolle auszuüben? Im Frühjahr und Sommer 1958 beginnt sich diese Einsicht in Washington durchzusetzen, entsprechende Signale werden nach Paris gesendet.

Schließlich bricht über die Wirren des algerischen Bürgerkriegs gerade jetzt die französische Regierung zusammen und mit ihr die Vierte Republik; Charles de Gaulle tritt auf den Plan: Am 1. Juni übernimmt er die Regierungsgeschäfte. Kurz darauf, am 17. Juni 1958, ist entschieden, die Zusammenarbeit mit Deutschland auf den konventionellen Sektor zu beschränken.⁶¹ Fünf Jahre später wird de Gaulle diesen abrupten, die deutsche Seite völlig überraschenden Kurswechsel damit begründen, dass Atomwaffen in deutscher Hand einer der letzten Kriegsgründe wären, der auf der Welt noch vorstellbar sei.⁶²

Strauß, der sich am 8. und 9. Juli auf den Weg nach Paris macht, um erste Gespräche mit seinem neuen französischen Kollegen Pierre Guillaumat zu führen, erfährt eher beiläufig von der bevorstehenden Wende. Das

muss er schon deshalb als besondere Dreistigkeit empfinden, weil bei der Begegnung auch ausführlich über die Mirage gesprochen werden soll. Seit Monaten liegt die Luftwaffenführung dem deutschen Verteidigungsminister in den Ohren, er möge dieses Projekt vergessen. Der Starfighter sei viel besser geeignet und schneller verfügbar. Mit Blick auf die nukleare Kooperation hatte Strauß sich gegen die Empfehlungen seiner militärischen Sachverständigen gesperrt und die Ankaufentscheidung offen gehalten: Wenn mit Frankreich eine weitreichende Rüstungszusammenarbeit möglich sei, dann könne es wohl nicht sein, ausgerechnet beim für Frankreich so wichtigen Flugzeugkauf gegen die Interessen des neuen Partners zu entscheiden. Im Übrigen ist der neue Flieger als Trägersystem für nukleare Waffen gedacht. Unvorstellbar, dass die Bundeswehr Starfighter kauft, um sie mit französisch-deutschen Kernwaffen auszurüsten!

Kurzerhand werden alle ambitionierten bilateralen Projekte auf Eis gelegt. Und die Verärgerung über Frankreich – eigentlich ist es fürchterliche Wut – ist auch zwei Monate und lange Sommerferien später nicht abgeklungen, wie der Kanzler, sollte er es nicht ohnehin bereits gewusst haben, aus einem langen Schreiben mit nichtbestellten Ratschlägen für seine erste Begegnung mit de Gaulle Mitte September 1958 lernen kann. »Mir ist zwar mitgeteilt worden«, hebt Strauß nach einigen floskelhaften Urlaubserkundigungen an, dass bei dieser Zusammenkunft »nur allgemeine Fragen und keine speziellen Probleme behandelt werden sollen«. Dennoch hält Strauß es für nötig, Adenauer einzunorden, falls, wie Strauß von seinen französischen Freunden gehört hat, die Rede doch auf die Jetproblematik kommen sollte. Spätestens ab 1961 benötige die Bundeswehr einen Hochleistungsjäger: »Die Franzosen bieten für diesen Zweck die Mirage an, ein Flugzeug, das bei ihnen allmählich den Ruf eines nationalen Heiligtums erworben hat. Spöttische Kritiker weisen darauf hin, daß die Übersetzung des Wortes Mirage Luftspiegelung oder Fata Morgana heißt.« Alle Tests der Bundesluftwaffe seien »völlig unbefriedigend« verlaufen, ein weiterer Test, zu dem die Bundeswehr als Zeichen guten Willens bereit sei, werde ihr verwehrt. Adenauer möge, falls de Gaulle das Gespräch auf dieses Thema lenken sollte, im Gedächtnis behalten, dass die »technischen und militärischen Experten« der Bundeswehr nach wie vor der Ansicht seien, dass für die Erfordernisse der Bundesluftwaffe »am besten die F 104«, der Starfighter, in Betracht komme. »Vielleicht werden Sie auch auf die Frage der französischen A-Bombe angesprochen«, so Strauß weiter. In diesem Fall gelte es zu bedenken: »Produktion und Verfügungsgewalt auf dem Gebiete der Atomwaffen verleihen



*Der Starfigther – erst ganzer Stolz der Bundeswehr, dann Todesbringer für Piloten.
Die Luftwaffe benötigt ihn als nukleare Plattform. Aufnahme vom Juli 1960.*

einen außerordentlich starken militärischen Einfluß und eine erhebliche politische Bedeutung. Wenn Frankreich in die Produktion von Atomwaffen eintritt, werden andere europäische und nicht-europäische Staaten folgen. Für die Bundesrepublik ist damit eine politische und militärische Deklassierung verbunden, die uns auf den Stand eines militärischen Hilfsvolkes herabdrückt.«⁶³

Das alles soll der Kanzler nicht selbst gewusst haben? Offenkundig hält Strauß die ziemlich belehrend wirkenden Hinweise für dringend angezeigt. Immer wieder hat Strauß beobachten können, wie Adenauer zu in der Sache nicht begründeten Vorleistungen bereit ist, wenn es um die europäische Integration geht – aus Sicht von Strauß, das hat er im Zusammenhang des EURATOM-Projekts erlebt, sind dies oft Illusionen. Wer weiß, welche höchst problematischen Zugeständnisse de Gaulle, der, wie sich bereits herumgesprochen hat, außerordentlich charmante Seiten haben kann, Adenauer im Zuge der ersten Begegnung abluchst.

Die zweite Handreichung ist allerdings auch deshalb interessant, weil sie immerhin zu erkennen gibt, dass Strauß es noch nicht für unmöglich hält, das nationale französische Kernwaffenprojekt in ein europäisches zu überführen. Einige Wochen später erhält das Verteidigungsministerium die Aufforderung des Kanzlers, sich zur Frage der Errichtung einer Isotopen-trennanlage im Rahmen der EURATOM zu äußern. Dass Strauß diesem

Zusammenschluss ungeheuer skeptisch gegenübersteht, ist kein Geheimnis; er ist aber auch realistisch genug zu sehen, dass eigene Aktivitäten der EURATOM bei der Herstellung von spaltbarem Material in der jetzigen Lage die einzig verbliebene Perspektive zum Offenhalten einer deutschen Option ist – und gleichzeitig als Angebot an Frankreich verstanden werden können, seine nuklearen Ambitionen im europäischen Rahmen statt in Zusammenarbeit mit den USA oder Großbritannien zu erreichen. Strauß befürwortet überraschend eindeutig diese Initiative, weil er »eine größere Unabhängigkeit der kontinental-europäischen in der EURATOM zusammengeschlossenen Länder von USA und Großbritannien (...) sowohl aus wirtschaftlichen wie unter Umständen auch aus militärischen Gründen (für) wünschenswert« hält. Zudem: »Sollte aus politisch zwingenden Gründen, z.B. im Interesse der nackten Selbsterhaltung, die Produktion von Atomsprengkörpern erforderlich werden, so muß man bedenken, daß die Anlaufzeit dafür mindestens fünf, wahrscheinlich sieben Jahre beträgt. Man kann also nicht in dem Zeitpunkt wie die Notwendigkeit auftritt mit den Vorarbeiten beginnen.« Offenbar hat Strauß eine Art nuklearpolitische Vorratshaltung im Sinn, die noch einen weiteren Vorteil hätte: »Eine Änderung des Brüssler Protokolls, betreffend Verzicht auf Produktion bestimmter Waffen oder Geräte, braucht zunächst noch nicht herbeigeführt zu werden«, obwohl diese, wie Strauß einräumt, »im Verlauf dieser Forschungs- und Entwicklungsarbeiten akut werden« wird.⁶⁴